



Kleine Anfrage

der Abgeordneten Caroline Schwarz (CDU)

und

Antwort

der Landesregierung – Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Antidiskriminierungsmaßnahmen

Vorbemerkung der Fragestellerin:

Im Bericht der Landesregierung über die Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen vom 21. Dezember 2000 (Drucksache 15/625) hat die Landesregierung angekündigt, auf der Grundlage eines Kabinettsbeschlusses vom 22. Februar 2000 ihre Ziele zu verfolgen.

Ich frage die Landesregierung:

Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung aus den folgenden im Bericht aufgezählten Maßnahmen gewonnen und welche Ergebnisse wurden erzielt?

Mit dem Landtagsbericht „Maßnahmen zum Abbau der Diskriminierung von Lesben und Schwulen“ hat die Landesregierung Schleswig-Holstein in den unten genannten sechs Bereichen Handlungsbedarf aufgezeigt. Diesem Handlungsbedarf wurde durch eine Vielzahl von Maßnahmen entsprochen, die im Folgenden beispielhaft dargestellt werden:

Überprüfung und ggf. Novellierung von Gesetzen und Verordnungen im Hinblick auf ungerechtfertigte Benachteiligungen gleichgeschlechtlicher Lebensweisen

Das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie hat bei seiner Überprüfung in 14 Gesetzen und 17 Verordnungen des Landes jeweils eine oder mehrere solcher Benachteiligungen festgestellt und die erforderlichen Änderungen in einem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Landesrechts an das Lebenspartnerschaftsgesetz des Bundes zusammengefasst. Dieser Entwurf befindet sich zurzeit in der Ressortabstimmung.

Öffentlichkeitsarbeit, die eine klischeefreie Darstellung des Themas fördert

Seit dem Jahr 2000 hat die Landesregierung verschiedene Broschüren veröffentlicht, um Homosexualität zu thematisieren und auf Informations- und Beratungsangebote für Lesben und Schwule hinzuweisen. Hierzu zählen folgende Publikationen:

- Politik für Lesben und Schwule in SH 1997-2002: Prozesssteuerung, Wirksamkeit, Nachhaltigkeit
- Homosexualität als Thema im Sprach- und Literaturunterricht: Methodenheft für Lehrerinnen und Lehrer
- Lesbische Frauen in der Psychotherapie

Der Internetauftritt der Landesregierung zu diesem Thema wird ständig um aktuelle Themen ergänzt und findet sich u.a. auch als link auf der Homepage www.lesben-schwule-sh.de.

Berücksichtigung der Belange von Lesben und Schwulen in allen Bereichen der Gesellschaft

Diesem Ziel dienen insbesondere die folgenden Maßnahmen:

- Der Beratung und Information von Lesben und Schwulen widmen sich der Verein HAKI, lesbisch-schwule Emanzipationsarbeit in Schleswig-Holstein in Kiel, die psychosoziale Frauenberatungsstelle Donna Klara e.V. und die Jugendberatungsstelle Na Sowas, Bad Oldesloe, die durch das MJF gefördert werden.
- Die Landesregierung gibt in einem von ihr veröffentlichten *Auswahlverzeichnis* einen Überblick über die Literatur in den öffentlichen Bibliotheken zum Thema gleichgeschlechtliche Lebensweisen. Es wird Schulen, Lehrkräften, Bildungseinrichtungen und anderen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zur Verfügung gestellt.
- Für Einrichtungen der Erwachsenenbildung hat das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie eine *Handreichung* aufgelegt, um Anregungen zu geben, wie das Thema in das Bildungsangebot vor Ort integriert werden kann.
- Um die Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Lebensweisen auch außerhalb der Großstädte zu erhöhen, hat die Landesregierung gemeinsam mit Donna Klara e.V. in Fortsetzung der erfolgreichen ersten und zweiten Tagung zur

„Weiblichen Vielfalt zwischen den Meeren“ auch im Jahr 2003 eine Veranstaltung zur Lebenssituation lesbischer Frauen unter dem Titel „Lesbenzeiten, Lebenszeiten“ durchgeführt.

- In Kooperation mit der Evangelischen Akademie Nordelbien und der Landesregierung Schleswig-Holsteins begleitet das Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität Kiel seit Anfang 2001 das Projekt „Difference Troubles“. In dem Projekt wurden die strukturellen Grundlagen von Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung erforscht und Strategien zur Verminderung von Diskriminierung entwickelt.
- Darüber hinaus bietet das Institut für Pädagogik der Christian-Albrechts-Universität Kiel seit 2002 das Forschungsprojekt „Lebenssituationen von Lesben und Schwulen in Schleswig-Holstein“ an. In dem Vorhaben werden aktuelle Strategien zum Abbau von Diskriminierung und zur Integration gleichgeschlechtlicher Lebensweisen auf ihre Wirksamkeit hin geprüft.

Aufarbeitung von Diskriminierung und Verfolgung gleichgeschlechtlicher Lebensweisen insbesondere mit Blick auf nachfolgende Generationen

Die Landesregierung, vertreten durch Ministerin Lütkes, hat mit der Nordelbischen Kirche, vertreten durch Bischöfin Maria Jepsen, einen „Runden Tisch“ eingerichtet. An dem Runden Tisch nehmen darüber hinaus der Rechtsanwalt für Familienrecht, Dr. Stefan Kornmacher, und Vertreterinnen und Vertreter der Ökumenischen Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK) e.V. und der Ökumenischen Arbeitsgemeinschaft „Lesben und Kirche“ (LuK) e.V. teil. Durch die Zusammenarbeit soll die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in der Nordelbischen Kirche und in der Gesellschaft erhöht werden. Zu den Ergebnissen zählen – neben einer Broschüre zu Aspekten gleichgeschlechtlicher Lebensweisen in der kirchlichen Jugendarbeit - eine eigene Liturgie für einen Gottesdienst aus Anlass der Eintragung einer Lebenspartnerschaft. Zurzeit ist die nordelbische Kirche damit befasst, das kirchliche Dienstrecht an das Lebenspartnerschaftsgesetz anzugleichen. Die Arbeit des Dialoges am Runden Tisch hat sich bewährt und wird fortgesetzt. Die Landesregierung unterstützt auch beratend die Tätigkeit des Historikers im Nordelbischen Kirchenarchiv, Dr. Stefan Linck, der - im Rahmen seiner Aufarbeitung der Verfolgung jüdischer Mitbürgerinnen und -bürger in der Zeit des Nationalsozialismus durch die damalige Evangelische Kirche - auch die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Paare einbezieht.

Aufklärung über und Maßnahmen gegen Formen von Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung

Alle bereits genannten Angebote der Öffentlichkeitsarbeit und Beratung dienen auch der Aufklärung über Formen von Gewalt gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung. Darüber hinaus bieten die drei genannten Beratungsstellen HAKI, Donna Klara und Na Sowas zielgruppenspezifische Angebote zur Sensibilisierung von Personen in Schlüsselpositionen (z.B Ärztinnen und Ärzte, Leh-

rerinnen und Lehrer, Psychotherapeutinnen und –therapeuten, Beraterinnen und Berater) an.

In 2002 hat die Psychosoziale Frauenberatungsstelle Donna Klara darüber hinaus im Rahmen des EU-Projektes „Gewalt gegen Lesben“ eine landesweite Plakataktion durchgeführt und mit Unterstützung der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten zu dieser Problematik referiert.

Welche Maßnahmen wurden vorrangig in den Bereichen Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, Bildungswesen und Arbeitswelt konzipiert und umgesetzt?

Die Landesregierung wirkt darauf hin, Vorurteile und Diskriminierungen sowie Ängste gegenüber Lesben und Schwulen in der Gesellschaft abzubauen. Ergänzend zu den oben bereits genannten Maßnahmen sind folgende zu nennen:

Zur Thematik „Kinder und Jugendliche mit lesbischen und schwulen Eltern“ wird das Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie die Broschüre „Vielfalt gestalten- Diskriminierung verhindern“ in den nächsten Wochen veröffentlichen. Hier widmet sich ein Kapitel ausschließlich dieser Thematik.

Auf der Veranstaltung „Unter dem Regenbogen – Soziale Vielfalt von Familien und Verantwortungsgemeinschaften in S-H“ werden Expertinnen und Experten am 15. September 2004 im Schleswig-Holsteinischen Landtag unterschiedliche Aspekte des Themas (z.B. materielle Absicherung, Sorgerechtsfragen, jugend- und bildungspolitische Konsequenzen) diskutieren. Die Veranstaltung wendet sich vor allem an Entscheidungsträgerinnen und -träger aus Politik und Verbänden, Fachkräfte, Multiplikatorinnen und Multiplikatoren und an die allgemeine Öffentlichkeit.

Die Landesregierung unterstützt schließlich die Fortbildungsangebote der Informations- und Beratungsstelle Na Sowas des Jugendnetzwerkes Lamda Nord für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der Jugendhilfe und an Schulen zum Thema sexuelle Orientierung.